

»Wir haben es satt!«

Seit zehn Jahren demonstrieren Stadt und Land gemeinsam für eine andere Agrarpolitik (2020)*

von Hubert Weiger und Katrin Wenz

Seit 2011 geht ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Bäuerinnen und Bauern, Tier- und Umweltverbänden, entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen gemeinsam mit Verbraucherinnen und Verbrauchern für eine Agrar- und Ernährungswende auf die Straße. Zum Auftakt der »Grünen Woche« in Berlin, der weltgrößten Agrarmesse, fand im Januar 2020 bereits zum zehnten Mal eine Großdemonstration statt. Wie immer unter dem Motto: »Wir haben es satt!«. Die Kundgebung setzt sich kritisch mit der Agrarindustrie auseinander und fordert den Erhalt und die Förderung der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft, mehr Tier- und Umweltschutz sowie generell eine nachhaltige Ernährungspolitik. Der folgende Beitrag, geschrieben aus der Sicht einer der Initiatoren und Trägerverbände, geht auf die Vorgeschichte der Großdemonstration ein und skizziert die agrarpolitische Entwicklung der letzten Jahre, die Anlass und Hintergrund der Kundgebung gewesen sind. Insgesamt zeigt sich dabei, dass Themen wie Landwirtschaft und Ernährung – nicht zuletzt angetrieben durch diverse Skandale – mittlerweile im Zentrum unserer Gesellschaft angekommen sind. Dabei hat nicht nur die Kritik an den Auswüchsen des agrarindustriellen Systems zugenommen, sondern gleichermaßen die Solidarität der Verbraucherinnen und Verbraucher mit all den Bäuerinnen und Bauern, die naturverträglich und am Wohl der Tiere orientiert wirtschaften.

Proteste gegen eine fehlgeleitete Agrarpolitik gab es schon früher. Das besondere ist, dass mit der jährlich stattfindenden »Wir haben es satt!«-Demonstration erstmalig über einen langen Zeitraum von mittlerweile zehn Jahren Verbraucherinnen und Verbraucher gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern in großer Zahl für eine andere Agrarpolitik auf die Straße gehen. Kaum eine andere Demonstration ist so farbenfroh. Menschen aller Altersgruppen mit unterschiedlichen Anliegen laufen mit: Imkerinnen und Imker protestieren gegen das Bienensterben neben Jungbäuerinnen und -bauern, die einen verbesserten Zugang zu Land fordern, sowie Konsumentinnen und Konsumenten, die die agrarindustrielle Produktion aus den verschiedensten Gründen ablehnen. Der bunte Protestzug wird von über hundert Traktoren angeführt, die aus ganz Deutschland anreisen. Trotz unterschiedlicher und zum Teil auch schwer vereinbarer Positionen innerhalb des Bündnisses beispielsweise bei grundsätzlichen Fragen der Tierhaltung (Veganismus vs. tiergebundene Landwirtschaft), aber auch zwischen konventionell-bäuerlicher und ökologischer Land-

wirtschaft, jähren sich die Proteste 2020 zum zehnten Mal. Das Bündnis eint der gewaltfreie Protest gegen die Agrarindustrie. Seine Stärke ist die Vielfalt.

Lange Vorgeschichte

Bereits in den Römischen Verträgen von 1957 formulierten die Gründerstaaten der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die Ziele und Aufgaben einer europäischen Agrarpolitik.¹ Aber bald wurde deutlich: Die Intensivierung, die die Mangelsituation nach dem Zweiten Weltkrieg beseitigen sollte, führt recht schnell zu Überproduktion und niedrigen Erzeugerpreisen. Auch die negativen Auswirkungen auf die Umwelt wurden sichtbar. Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) löste die Probleme nicht, sondern verschärfte sie. Durch die agrarische Entwicklung in den 1970er-Jahren wurde es den Bäuerinnen und Bauern auch in Deutschland immer deutlicher, dass ihre Existenz durch die nied-

* Der kritische Agrarbericht 2020, S. 25-29.

rigen Preise in Gefahr ist. Sie fühlten sich aber nicht mehr in ihren Belangen durch den Bauernverband vertreten. Im Gegenteil: Der Bauernverband forcierte mit seiner agrarpolitischen Lobbyarbeit den Strukturwandel auf dem Land zugunsten zunehmend agrarindustrieller Strukturen. Eine Alternative musste her: Anfang der 1980-Jahre wurde die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gegründet, mit dem Ziel, die Interessen der kleineren und mittleren Betriebe in der agrarpolitischen Auseinandersetzung stärker zu vertreten.

Auch die Umweltbewegung organisierte sich in den 1970er-Jahren. 1975 wurde der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegründet. Naturschutz wurde mit dem kämpferischen Umweltschutz der Bürgerinitiativen verbunden. Früh wurde die Landwirtschaft als ein zentrales Problemfeld des Umwelt- und Naturschutzes identifiziert. 1987 veröffentlichten die AbL, der BUND, die Verbraucher Initiative und die entwicklungspolitisch engagierte BUKO Agrar-Koordination die »Aachener Erklärung«, eine Programmschrift, die sich kritisch mit der deutschen und europäischen Agrarpolitik auseinandersetzte und erstmals versucht, die unterschiedlichen Perspektiven auf Landwirtschaft zusammenzudenken: die des Umwelt- und Naturschutzes, der Entwicklungspolitik, des Verbraucherschutzes und die der bäuerlich wirtschaftenden Betriebe.² Die Aachener Erklärung sollte deutlich machen, dass ein breites gesellschaftliches Bündnis die fortschreitende Zerstörung der bäuerlichen Agrarstruktur, der Umwelt und Natur, die Verschlechterung der Lebensmittelqualität sowie die Auswirkungen der europäischen Landwirtschaft auf die Länder des globalen Südens nicht länger hinnimmt und sich aktiv für eine Umorientierung der Agrarpolitik einsetzt.

Das enorme öffentliche Echo auf die Aachener Erklärung und die Tatsache, dass diese bereits kurz nach ihrer Veröffentlichung von insgesamt zwölf Organisationen unterstützt wurde, führte im Februar 1988 zur Gründung des Dachverbandes der Deutschen Agraropposition e.V. (DDA). Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik schloss sich eine solche Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammen, um der Brüsseler Politik die Forderung nach einer neuen, einer sozialen, ökologischen und solidarischen Agrarpolitik gegenüberzustellen.

Um den Bündnischarakter auch im Namen stärker hervorzuheben und um zu verdeutlichen, dass die Agraropposition nicht nur *gegen* etwas ist, sondern konkrete Vorstellungen zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik hat, wurde der Dachverband im Herbst 1992 in AgrarBündnis umbenannt. An dem Verständnis, mit der Kraft eines Bündnisses verschiedener Organisationen für eine Landwirtschaft im Sinne der

oben genannten Ziele einzutreten, änderte sich jedoch nichts. Das AgrarBündnis ist ein unabhängiger, überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluss von inzwischen 25 unabhängigen Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Tiererschutz sowie Verbraucher- und Entwicklungspolitik mit mehr als zwei Millionen Einzelmitgliedern. Seit 1993 gibt der gemeinnützige Verein den *Kritischen Agrarbericht* heraus, ein agrar- und umweltpolitisches Jahrbuch, das sich ebenso kritisch wie konstruktiv mit der agrarpolitischen Entwicklung in Deutschland, Europa und auch weltweit auseinandersetzt. Durch die Gründung des AgrarBündnisses und die sich daraus ergebenden verschiedenen Netzwerke sind die Akteure besser als früher in der Lage, die Kritik an der GAP koordiniert zu artikulieren und sich auch zu anderen Themen enger auszutauschen und Positionen abzustimmen. Viele Themen, die auf der jährlichen »Wir haben es satt!«-Demo eher plakativ aufgegriffen werden, erfahren im *Kritischen Agrarbericht* eine fachlich fundierte Analyse.

Lebensmittelskandale mobilisieren die Öffentlichkeit

Anfang der 1990er-Jahre erlebt die Biobranche Aufwind. Skandale in der konventionellen Land- und Lebensmittelwirtschaft ließen die städtischen Verbraucherinnen und Verbraucher zunehmend kritisch werden. Immer mehr wollten gesunde Lebensmittel. Ende der 1990er-Jahre trat die Rinderseuche BSE (Bovine Spongiforme Enzephalopathie) zunächst in England, später auch in Deutschland auf. Wiederkäuer waren mit Tierfutter gefüttert worden, dem Fleisch und Knochenmehl beigemischt worden waren.³ Unter den Konsumentinnen und Konsumenten machte sich große Angst breit. BSE wurde zu einem Symbol für die Verfehlungen moderner Landwirtschaft, die aus pflanzenfressenden Wiederkäuern Fleischfresser machte. Das Landwirtschaftsministerium schaffte es lange Zeit nicht, die BSE-Krise zu meistern – wodurch ein breites gesellschaftliches Bündnis, das die Agrarwende wollte, sich etablieren konnte. Nach diversen Rücktritten im Zuge der BSE-Krise (Gesundheitsministerin Andrea Fischer und Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke⁴) übernahm 2001 Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) das Landwirtschaftsministerium, das zugleich programmatisch um den Verbraucherschutz erweitert wurde. Ihr Ziel war es, die Agrarwende umzusetzen. Zu ihren größten Erfolgen zählen das Verbot der Käfighaltung und die massive Förderung des Ökolandbaus in Deutschland.

Auch die sog. »Verbände-Plattform« wurde in dieser Zeit ins Leben gerufen. Sie gibt den Verbänden die Möglichkeit, ihre Positionen besser zu koordinieren

Die Rolle des Weltagrarberichts

Einen wichtigen Beitrag zur der Diskussion um die Agrarwende leistete das International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD) mit seinem sog. Weltagrarbericht, der mit vollem Namen heißt.⁶ Über 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gingen im Auftrag der Weltbank und der Vereinten Nationen der Frage nach, warum es trotz aller technischen Innovationen im Bereich der Landwirtschaft nicht gelingt, den Hunger auf der Welt wirksam zu bekämpfen. Der 2008 veröffentlichte Bericht trug den Titel *Agriculture at a Crossroads* (»Landwirtschaft am Scheideweg«) und war in seinen Analysen ebenso alarmierend wie für viele überraschend. Denn neben dem prägnanten

Aussage, dass das herkömmliche agrarindustrielle System an seine Grenzen stoße und seine Fortschreibung nicht sinnvoll sei (»Business as usual is not an option« lautete die Kernaussage des Vorsitzenden Bob Watson bei der Vorstellung des Berichts), votierte der Weltagrarbericht einhellig dafür, bei der Ernährungssicherung vor allem auf kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft zu setzen. Damit erfuhr die – agrarökologisch optimierte – (klein-)bäuerliche Landwirtschaft eine enorme Aufwertung. Der Weltagrarbericht ist seitdem ein zentrales wissenschaftliches Referenzwerk für die meisten agraroppositionellen Gruppierungen, die sich zu der »Wir haben es satt!«-Demonstration Jahr für Jahr zusammenfinden.

und gemeinsam zu artikulieren. Seit dem Jahr 2000 arbeitet ein Zusammenschluss aus anfangs 15 und inzwischen 29 Verbänden des Verbraucher-, Natur- und Tierschutzes sowie der bäuerlichen Landwirtschaft für die Veränderung der europäischen Agrarpolitik. Ziel ist es, durch den Einsatz deutscher und europäischer Fördermittel eine natur- und sozialverträgliche Landwirtschaft zu schaffen.⁵

Trotz all dieser Aktivitäten auf Verbandsebene: Eine gemeinsame öffentlichkeitswirksame Kampagne zu GAP gab es noch nicht. Die Idee einer Großdemonstration entstand beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), als 2010 die Debatte um die GAP-Reform startete. Zusammen mit der AbL wurde vereinbart, dass erstmals in der Geschichte des Widerstandes gegen die fehlgeleitete Agrarpolitik alle beteiligten Interessensgruppen aus Stadt und Land gemeinsam auf die Straße gehen sollen. Die Mobilisierungschancen waren gut. Der von Renate Künast begonnene Umbau der Landwirtschaft war inzwischen zum Erliegen gekommen. Im Jahr 2008 hatte Ilse Aigner das Landwirtschaftsministerium von Horst Seehofer übernommen, sie konnte allerdings kaum neue agrarpolitische Impulse setzen. Ein weiterer Skandal hatte Ende 2010 die Öffentlichkeit erschüttert und in Angst versetzt. Mit Dioxin belastetes Futtermittel war an viele Betriebe im Bundesgebiet geliefert worden. Mehr als tausend Höfe wurden wegen des Skandals vorübergehend gesperrt. Der Dioxinskandal machte nochmals deutlich, dass eine Umkehr in der Agrarpolitik absolut notwendig ist und motivierte viele Menschen, auf die Straße zu gehen.

»Meine Landwirtschaft« ...

Die über all die Skandale und das offenkundige Politikversagen im Agrarbereich gestiegene öffentliche

und mediale Aufmerksamkeit hat viele Menschen motiviert, für die Agrarwende auf die Straße zu gehen. Die Kampagne »Meine Landwirtschaft« mit dem Slogan »Wir haben es satt!« wurde 2010 gegründet. Im Trägerkreis ist ein breites Bündnis aus landwirtschaftlichen Organisationen, Umwelt- und Tierschutzorganisationen, aber auch entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen vertreten.

Die Kampagne organisierte 2011 in Berlin die erste Großdemonstration. Eine solche Veranstaltung sollte alle die Proteste bündeln und zur Grünen Woche, wenn auch die mediale Aufmerksamkeit auf der Landwirtschaft liegt, auf die Straße bringen. Mit großem Erfolg: 22.000 Menschen forderten bereits im ersten Jahr eine grundlegende Reform der Agrarpolitik, die Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft und besseren Verbraucherschutz. Der gemeinsame Protest von Verbraucherinnen und Verbrauchern auf der einen Seite und landwirtschaftlichen Erzeugerinnen und Erzeugern auf der anderen Seite war geboren. Gemeinsam zog erstmals ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis vom Berliner Hauptbahnhof zur Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor. Mit zahlreichen Bussen, unzähligen Zügen und über vielen Traktoren waren Tausende Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet angereist. In den folgenden Jahren gingen immer mehr Menschen auf die Straße. Im Jahr 2015 traten die 2013 beschlossenen Reformen der GAP in Kraft. Trotz der Anstrengungen der Umwelt- und alternativen Agrarverbände in vielen europäischen Ländern, die GAP ökologischer und sozialer zu gestalten, wurden kaum Verbesserungen erzielt. Auch der Agrarstrukturwandel setzte sich rasant fort und die Tierhaltung konzentrierte sich auf immer weniger Betriebe. In den folgenden Jahren häuften sich daher auch weiterhin die Gründe, für eine andere Agrarpolitik auf die Straße zu gehen.

... und der agrarpolitische Stillstand

Im Februar 2014 hatte Christian Schmidt das Landwirtschaftsministerium übernommen. Er stand wie viele seiner Vorgänger dem Bauernverband nah und agierte industriefreundlich. Rückblickend ist seine Amtszeit vor allem geprägt durch die Zustimmung zur Wiederzulassung von Glyphosat in Brüssel. Er widersetzte sich dabei den Absprachen mit dem Umweltministerium und gab in Brüssel für Deutschland die entscheidende Stimme für eine Verlängerung der Zulassung ab.

Bislang ist Julia Klöckners im März 2018 begonnene Amtszeit geprägt durch freiwillige Vereinbarungen. Statt Gesetze zu erlassen und den Umbau der Tierhaltung anzugehen, will sie ein freiwilliges Tierwohllabel einführen. Gleichermaßen unambitioniert ist sie bei der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung. Auch hier sind lediglich freiwillige Maßnahmen vonseiten der Industrie geplant.

Inzwischen leidet die Landwirtschaft in Deutschland zusätzlich unter Wetterextremen wie etwa die extremen Dürreperioden in den Jahren 2018 und 2019. Die Branche gerät aber auch sonst immer stärker in die Krise. Ungebremst setzt sich der Agrarstrukturwandel fort. Zwischen den Jahren 2013 und 2016 gaben rund drei Prozent der Betriebe auf. Niedrige Erzeugerpreise und hohe Pachtpreise sind Gründe für diesen Rückgang. Zukünftig werden aber auch die Wetterbedingungen dazu beitragen, dass immer mehr Betriebe aufgeben müssen.

Um einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, brauchen wir einen Umbau der Landwirtschaft. Tierbestände müssten in Deutschland insgesamt und insbesondere in den Intensivtierregionen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens deutlich reduziert werden. Ministerin Klöckner verpasst jedoch die Chance, den gesellschaftlich gewollten Umbau der Tierhaltung anzugehen. Bei den Bauern und Bäuerinnen führt diese Politik zu Unmut. Viele von ihnen sind bereit für Veränderungen, doch der Umbau braucht Planungssicherheit und staatliche Unterstützung. Wer nicht weiß, was auf ihn zukommt, kann und wird nicht investieren. Allein auf Freiwilligkeit zu setzen, ist daher der falsche Weg – nicht nur bei der Tierhaltung, auch etwa beim Insektenschutz. In vielen zentralen Handlungsfeldern einer agrarpolitischen Neuorientierung fehlen konkrete Zeitpläne und Gesetzesvorhaben. Gleichzeitig ist diese Untätigkeit aber ein starkes Signal an die organisierte Zivilgesellschaft, den Druck auf die Politik auch weiterhin auszuüben. Dies zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, in denen die Berliner Großdemo ihre Anziehungskraft halten konnte, wie die 35.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Ausdruck brachten, die im Januar 2019 wieder auf die Straßen gingen.

Gegenproteste »Dialog statt Protest«

Ab 2015 formierte sich der Gegenprotest. Bauern und Bäuerinnen könnten nicht hinter der Kritik an der »modernen« Landwirtschaft stehen, hieß es aus den Reihen der Gegendemonstration, die sich selbst als »eine Graswurzel-Initiative« bezeichnet, die sich »in den sozialen Netzwerken kennengelernt und die Initiative »Frag den Landwirt« gegründet hat«. »Dialog statt Protest« sollte einen Gegenpol bilden zu der am selben Tag stattfindenden Demonstration »Wir haben es satt!«. Nach Angaben der Veranstalter nahmen damals 900 Bauern und Bäuerinnen teil (bei der »Wir haben es satt!«-Demo waren es zur gleichen Zeit 50.000 ...). Dem »Wir haben es satt!«-Bündnis wurde vorgeworfen, keine Alternativen aufzuzeigen. Es sei keine Demonstration von Bauern für Bauern, hieß es. Ein Vorwurf, der jedoch ins Leere läuft, da der »Wir haben es satt!«-Protest seit Jahren nicht nur symbolisch von Traktoren angeführt wird, sondern auch von landwirtschaftlichen Gruppierungen wie der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, der Erzeugergemeinschaft Schwäbisch-Hall sowie allen Bioanbauverbänden und vom Verein für besonders artgerechter Tierhaltung NEULAND getragen wird.

Dreimal seit 2015 wurde bislang zur Teilnahme an der Berliner Gegenkundgebung unter dem Motto »Wir machen euch satt« aufgerufen. Aber die Proteste hatten wenig Zuspruch. Die Demonstration blieb von Anfang an so unscheinbar, dass die überregionale Presse kaum berichtete.⁷ Das änderte sich auch 2019 nicht, als im Januar – diesmal nicht parallel, sondern einen Tag vor der Großdemo – erneut zu einer zentralen Kundgebung in Berlin aufgerufen wurde. 150 Landwirtinnen und Landwirte kamen zum Brandenburger Tor, um unter dem Motto »Unsere moderne Landwirtschaft – eine Erfolgsgeschichte« das Verhältnis zwischen Stadt und Land aufzuzeigen. Dazu bauten sich 145 einheitlich gekleidete Menschen vor landwirtschaftlichen Geräten um einen Bauern auf. Sie sollten die anonymen Kunden darstellen, die ein deutscher Landwirt durchschnittlich ernährt.⁸ Auch bei dieser Kundgebung gab es wenig Aufmerksamkeit und auch keine weitere zivilgesellschaftliche Gruppe stellte sich hinter diese Aktion.

Der Protest weitet sich aus

Während in den letzten zehn Jahren die Proteste zentral in Berlin stattfanden, organisieren sich mittlerweile immer mehr Gruppen zunehmend regional und protestieren gegen die Missstände in den unterschiedlichen Regionen. So finden immer wieder Proteste zur Umsetzung der Agrarwende in den Bundesländern

statt. Beispielsweise wurde 2013 in Wrietzen (Niedersachsen) ein Megaschlachthof von einer Menschekette umzingelt. Aber auch zu den Landtagswahlen – wie z. B. 2019 in Sachsen und Thüringen – kommt es immer wieder zu Demonstrationen, um die Landesregierungen weiter unter Druck zu setzen und das Bündnis in der Fläche zu vertreten.

Auch in den nächsten Jahren müssen die Proteste breiter werden. Regionale Kundgebungen können die bundesweite Demonstration im Januar ergänzen. Aber auch anderen Bewegungen wie der Fridays-For-Future-Bewegung wird die Unterstützung zugesichert, wenn es eine gemeinsame politische Ausrichtung gibt. Die regionalen Demonstrationen sind jedenfalls wichtig, sie werden aber auch in Zukunft die zentrale Großdemonstration nicht ersetzen. Deren Besonderheit wird nach wie vor sein, dass es ihr – anders als den Bauern-Großkundgebungen vom Oktober 2019 – gelingt, von einem bereits gesellschaftlichen Bündnis mit der Landwirtschaft getragen zu sein und so die falsche Gegenüberstellung von »Landwirtschaft hier – Gesellschaft dort« zu überwinden.

Es wächst zudem die Hoffnung, dass sich auch in der Politik allmählich etwas bewegt. So soll das vom BMEL ins Leben gerufene »Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung« ein detailliertes Konzept für die Umstellung der intensiven und von der Gesellschaft nicht mehr akzeptierten Tierhaltung bis Frühjahr 2020 vorlegen. Je größer der gesellschaftliche Druck wird, wie er nicht zuletzt mit der jährlichen »Wir haben es satt!«-Demonstration zum Ausdruck kommt, umso größer werden die Chancen für die Umsetzung eines solchen Konzeptes für einen tiefgreifenden Wandel in der Tierhaltung sein; eines Konzeptes, welches neben den Forderungen der Zivilgesellschaft auch die Vorschläge des wissenschaftlichen Beirates des BMEL über *Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutz-*

*tierhaltung*⁹ – nach Jahren des Aussitzens – endlich aufzugreifen hat.

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik (www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Agrarpolitik/_Texte/GAP-Geschichte.html).
- 2 Aachener Erklärung vom 2. Juli 1987 (www.agrarbuendnis.de/fileadmin/Daten-KAB/AB-Aktuelles/Aachener_Erkl_rung.pdf).
- 3 Die Chronologie der BSE-Krise. In: Spiegel online vom 28. November 2000 (www.spiegel.de/politik/ausland/rinderseuche-die-chronologie-der-bse-krise-a-105210.html).
- 4 BSE-Krise bringt zwei Minister zu Fall. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (aktualisiert am 9. Januar 2001) (www.faz.net/aktuell/politik/ruecktritte-bse-krise-bringt-zwei-minister-zu-fall-11268990.html).
- 5 Euronatur: Die Verbändeplattform – Gemeinsam für eine zukunftsfähige Agrarpolitik (www.euronatur.org/unsere-themen/politik/landwirtschaft/agrarpolitik/die-verbaendeplattform/).
- 6 Die wichtigsten Ergebnisse finden sich auf Deutsch auf der Website www.weltagrarbericht.de. – Siehe hierzu auch den Beitrag von Benny Haerlin in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 111-113).
- 7 www.wir-machen-euch-satt.de/medienberichte.
- 8 »Landwirte setzen auf »Dialog statt Protest!«. Meldung auf fleischwirtschaft.de vom 21. Januar 2019 ([www.fleischwirtschaft.de/politik/nachrichten/Gruene-Woche-Landwirte-setzen-auf-Dialog-statt-Protest-38380?crefresh=1](http://fleischwirtschaft.de/politik/nachrichten/Gruene-Woche-Landwirte-setzen-auf-Dialog-statt-Protest-38380?crefresh=1)).
- 9 So der Titel des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim BMEL vom März 2015 (https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf%3F__blob%3DpublicationFile).

Prof. Dr. Hubert Weiger

Von 2007 bis Ende 2019 Vorsitzender, seitdem Ehrenvorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V. Langjähriges Vorstandsmitglied des AgrarBündnis e.V. und einer der Ideengeber für die »Wir haben es satt!«-Demonstration in Berlin.

Katrin Wenz

hat Politikwissenschaft und Ländliche Entwicklung studiert. Seit 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin für Agrarpolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.